

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 6/2016

22. Dezember 2016



Liebe Leserinnen und Leser,

Am Ende eines jeden Jahres steht im Zentrum der parlamentarischen Aufmerksamkeit in Stuttgart der Landeshaushalt für das kommende Jahr. Am 14. Dezember hat Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) den neuen Haushalt eingebracht. Am 21. Dezember erhielten die Fraktionen die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Davon möchte ich in meinem heutigen Newsletter näher berichten. Ebenso von der Nominierung Leni Breymaier als unserer Kandidatin für die Bundestagswahl 2017, von der Feier zum 90. Geburtstag von Erhard Eppler und von einigen Vorortbesuchen in meinem Wahlkreis.

Das Jahr 2016 neigt sich dem Ende zu. Was hat es gebracht? Für die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg war es kein besonders gutes Jahr. Unser schlechtes Abschneiden bei der Landtagswahl im März und der damit verbundene Verlust der Regierungsverantwortung ging einher mit dem Erstarken der AfD, die sich auch in der Landtagsfraktion immer stärker als Sammelbecken rechter und gar rechtsextremer Populisten outet. Das geht sogar so weit, dass eine Landtagsabgeordnete deswegen sowohl die Partei als auch die Fraktion der AfD verlässt. Ich hoffe, dass noch mehr Menschen erkennen, wessen Geistes Kind die AfD wirklich ist, und sich von deren rechtsextremen und teilweise verfassungs- und menschenfeindlichen Positionen distanzieren.

Doch das Jahr 2016 ist auch global gesehen kein gutes Jahr für die Demokratie gewesen. Das Erstarken rechter und rechtsnationaler Kräfte in Europa, die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA, die Ereignisse in der Türkei, die Zustände in Syrien und terroristische Anschläge weltweit, wie jetzt auch auf den Berliner Weihnachtsmarkt, werfen einen

langen dunklen Schatten auf das kommende Jahr voraus. Alle demokratischen Kräfte sind hier und jetzt umso mehr gefragt, gemeinsam und konsequent gegen rechte Hetze und Menschenverachtung einzustehen und unsere Grundrechte und Werte zu verteidigen. Als Sozialdemokrat sehe ich mich dabei in einer langen Tradition und in einer besonderen Pflicht.

Einen Lichtblick gibt es aber bereits fürs nächste Jahr: Der derzeitige Außenminister Frank-Walter Steinmeier wurde als Kandidat für die Bundespräsidentenwahl vorgeschlagen und von den Regierungsfractionen in Berlin unterstützt. Ich bin sehr stolz, dass ich an der Bundesversammlung zu seiner Wahl am 12. Februar 2017 persönlich dabei sein kann. Mit Frank-Walter Steinmeier wird ein erfahrener und umsichtiger Politiker und – was mich besonders freut – ein Sozialdemokrat das Amt des Bundespräsidenten übernehmen. Ich bin davon überzeugt, dass er es bestens ausfüllen wird. Sein Wirken als Bundespräsident wird sich hoffentlich positiv auf die Bundestagswahl im Herbst auswirken, für die wir hier in unserem Wahlkreis mit Leni Breymaier eine hervorragende Kandidatin haben. Ich bin sicher, dass wir mit ihr ein sehr gutes Ergebnis für die SPD erzielen können und dann eine starke Stimme für unseren Wahlkreis und die gesamte Region im Bundestag bekommen. Ich freue mich auf den bevorstehenden Wahlkampf mit ihr und zähle auf Eure tatkräftige Unterstützung in den Ortsvereinen.

Ich wünsche Euch und Euren Familien und Freunden schöne, besinnliche und stressfreie Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch in ein gesundes, glückliches und spannendes Jahr 2017. Ich möchte Euch an dieser Stelle herzlich danken für Eure Hilfe, Eure Loyalität und Euren Glauben an die Sozialdemokratie. Seit über 150 Jahren stehen wir für eine gerechtere Gesellschaft und das lassen wir uns auch im nächsten Jahr nicht nehmen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch auch heute eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

Einbringung des Haushalts 2017

Eckdaten: Der von Finanzministerin **Edith Sitzmann** (Grüne) vorgestellte Landeshaushalt für 2017 beträgt knapp 47,7 Milliarden Euro. Das ist fast eine Milliarde Euro mehr als 2016. Fast ebenso hoch sind mit 47,2 Milliarden Euro die Kreditmarktschulden des Landes. Angesichts hoher Steuereinnahmen müssten laut Haushaltsordnung Kreditmarktschulden abgebaut werden. Um dies zu umgehen, wird die Tilgungsverpflichtung in der Haushaltsordnung von Grün-Schwarz geändert und dabei der bisherige Schuldenbegriff weiter gefasst. Dieser schließt nun auch so genannte „implizite Schulden“ mit ein. Darunter zählen künftige Pensionsverpflichtungen in Höhe von 100 Milliarden Euro, 5,3 Milliarden Euro Schulden aus dem EnBW-Rückkauf sowie die verdeckten Schulden, die beim Abbau des Sanierungsstaus an landeseigenen Gebäuden, Straßen und Brücken entstehen. Für 2017 sind dabei 123 Millionen Euro als Rücklagen für Sanierung und Erhaltung veranschlagt, 60 Millionen Euro für Straßen und Brücken, 6,5 Millionen Euro für Bahnanlagen, 46,5 Millionen Euro für den Hochbau, 10 Millionen Euro für Investitionen in die Zentren für Psychiatrie.

Inhaltlicher Schwerpunkt des Haushalts ist die innere Sicherheit und die Stärkung der Polizei. Es sollen 381 neue Stellen geschaffen und 16 Millionen Euro mehr für Ausrüstung ausgegeben werden. Die Ausgaben für den Bildungssektor sollen vom Landesrechnungshof durchleuchtet werden. Kluge Konsolidierung, so Finanzministerin Sitzmann, müsse Strukturen hinterfragen und nicht immer helfe „Mehr vom Gleichen“. Mit den Kommunen wurde ein Pakt für Integration im Umfang von 160 Millionen Euro für 2017 und 2018 vereinbart. Programme zur Behebung der Wohnungsnot werden 2017 um 50 Millionen auf 250 Millionen Euro aufgestockt. 101 Millionen Euro stehen für die Digitalisierung bereit, davon 43 Millionen für den Breitbandausbau.

Zwischen Einnahmen und Pflichtausgaben klaffe eine Deckungslücke von ca. 2,8 Milliarden Euro. Diese soll mit Einsparungen von 800 Millionen Euro im Vergleich zu 2016, Rücklagen von einer Milliarde Euro, Steuermehreinnahmen von ca. 600 Millionen Euro und frei werdenden Geldern wegen rückläufiger Flüchtlingszahlen gefüllt werden.

Die Rede von Finanzministerin Sitzmann kann per Videomitschnitt angesehen werden unter:

<http://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2016/20161214sitzung0211.html?t=5633>

Der Gesetzentwurf zum Haushalt 2017 unter:

http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/1000/16_1117_D.pdf

Aussprache zum Landeshaushalt 2017



Foto: Landtag Baden-Württemberg

Zusammenfassung meiner Rede zum eingebrachten Haushalt: „Diese Finanzplanung hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun!“ Sie beruht auf falschen Zahlen, nämlich auf der Steuerschätzung von 2015. Damals ging man von anhaltend hohen Flüchtlingszahlen und geringeren Steuereinnahmen aus und sah eine Deckungslücke von 2,8 Milliarden Euro voraus. Die Flüchtlingszahlen sind zurückgegangen und brachten Minderausgaben von ca. 1 Milliarde Euro. Höhere Steuereinnahmen ergaben ca. 1,1 Milliarden Euro netto Mehreinnahmen, ebenso gab es einen hohen Jahresüberschuss aus 2015. **Nach fünf Jahren SPD-Finanzpolitik gibt es keine strukturelle Deckungslücke im Landeshaushalt!** Baden-Württemberg steht so gut da, dass es 2017 Schulden tilgen und den Sanierungsstau weiter abbauen könnte. Der Haushalt zeichnet sich durch Tricksen, Tarnen und Täuschen aus. Es werden strukturelle Einsparungen von 370 Millionen Euro verlangt. Diese gibt es bisher nur im Bildungsbereich in Höhe von ca. 100 Millionen Euro durch Streichung von 1.074 Lehrerstellen und der Einführung von Studiengebühren für ausländische Studenten. Wo die restlichen 270 Millionen Euro bleiben, wollte Peter Hofelich, früherer Staatssekretär im Finanzministerium, mit einer Anfrage im November wissen. Die Landesregierung bat um Verlängerung der dreiwöchigen Antwortfrist. Warum? Wenn schon im Juli diese Sparmaßnahmen öffentlich verkündet wurden? Es gibt keine konkreten weiteren Sparmaßnahmen, stattdessen 800 Millionen Euro strukturelle Mehrausgaben. Dafür werden die Kommunen zu Zwangsabgaben in Höhe von 200 - in Wahrheit sogar über 300 - Millionen Euro gezwungen. Die gesetzlich vorgeschriebene Tilgung von 300 Millionen Euro Kreditmarktschulden wird umgangen, indem die Haushaltsordnung umgeschrieben wurde. Das ist nicht nur Trickserei, sondern Rechtsbeugung! **Die SPD fordert mehr Augenmerk auf den sozialen Zusammenhalt und damit auf Bildung, Arbeitnehmer, Wohnen und Mobilität! Dieser Haushalt wird unserem Land nicht gerecht – Baden-Württemberg hat Besseres verdient!**

Der gesamte Redebeitrag ist zu sehen unter:

<http://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2016/20161221sitzung0221.html?t=7941>

Auf Verkehrslärmtour im Wahlkreis



Lärmbeck in der Giengener Südstadt an der A7

Weil in einigen Kommunen der Verkehrslärm unerträglich wird, habe ich gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen, Gemeinde- und Kreisräten eine Vortour nach Hürben, in Giengens Südstadt und die Ulmer Straße sowie nach Hermaringen unternommen. Der Lärm von der A7 beeinträchtigt die Lebensqualität in Hürben und der Giengener Südstadt schon lange, doch massive Abholzungen entlang der Autobahn sowie die Verschlechterung der Fahrbahndecke verstärken den Lärm weiter. Auch die Situation in der Ulmer Straße, wo die Anwohner massiv unter dem Schwerlastverkehr leiden, wird seit Jahren vergebens beklagt. Dagegen möchte die örtliche SPD etwas unternehmen und wird sich für eine Verbesserung der Lärmsituation im Gemeinderat stark machen.



In Hermaringen leiden die Menschen unter dem Verkehrslärm von der B 492

Eigentlich ist der Bau der Umgehung in Hermaringen begrüßt worden, aber seither haben sich das Verkehrsaufkommen und damit der Verkehrslärm extrem verstärkt. Gerade der Schwerlastverkehr, der die B 492 als Abkürzung zwischen A7 und A8 nutzt, belastet die Anwohner. Eine Verlängerung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h oder eine bauliche Lärmschutzmaßnahmen könnten hier Abhilfe abschaffen. Die Hermaringer SPD möchte das im Gemeinderat thematisieren. Als Landtagsabgeordneter unterstütze ich diese Initiativen.

Besuch im Jobcenter



Bei einem Besuch im Heidenheimer Jobcenter habe ich mich beim neuen Leiter Alfred Köble über die aktuelle Situation im Landkreis informiert. Die hohe Zahl der Langzeitleistungsbezieher, sprich Hartz IV-Empfänger, und die enorme Aufgabe der Integration von Flüchtlingen und Migranten standen im Vordergrund des Gesprächs. Der Landkreis Heidenheim sei strukturell bedingt schon langjährig Schlusslicht in Baden-Württemberg. Es müsse anerkannt werden, dass es Menschen gibt, die keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Deswegen braucht es Instrumente, sie dauerhaft auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu beschäftigen, also einen echten Passiv-Aktiv-Tausch. Hinsichtlich der Integration stehe das Jobcenter vor einer Mammutaufgabe. Derzeit kümmern sich zehn Mitarbeiter im Integrationszentrum im Haintal um 900 Flüchtlinge, 700 davon im erwerbsfähigen Alter. Neben Sprachproblemen, gebe es einen großen Aufklärungsaufwand, denn viele Flüchtlinge kommen aus anderen Kulturkreisen mit anderer Sozialisation. Dankbar ist Köble für die vielen ehrenamtlichen Helfer. Das Angebot, junge Flüchtlinge in Qualifizierungsmaßnahmen unterzubringen, sei ausreichend. Wichtig seien Bereitschaft und Stetigkeit vonseiten der Flüchtlinge und vor allem der Faktor Zeit. Problematisch sei auch der starke Zuzug von EU-Migranten. Es braucht unbedingt ein Einwanderungsgesetz, wie es die SPD schon lange fordert.

Bundesweiter Vorlesetag

Auch dieses Jahr habe ich wieder beim Bundesweiten Vorlesetag mitgemacht und diesmal in den dritten Klassen der Hillerschule in Steinheim gelesen. Die Kinder und ich hatten viel Spaß mit dem chronisch schlechtgelaunten Zauberer Kotzmotz.



Unsere Kandidatin für den Bundestag



Die SPD-Landesvorsitzende **Leni Breymaier** wurde auf der Wahlkreismitgliederversammlung am 5. Dezember mit 97 Prozent der Stimmen zur Bundestagskandidatin im Wahlkreis Aalen-Heidenheim gewählt. 131 von 135 Mitgliedern haben sich im Mühlensaal in Oberkochen für sie entschieden. Breymaier freut sich auf den Wahlkampf, denn die Ostalb ist ihr Wunschwahlkreis. Die Region ist ihr nicht fremd, sie hat ihren Mann, einen gebürtigen Ellwanger, in Heidenheim kennen gelernt und in Oberkochen geheiratet. Sie hat viele persönliche Kontakte auf die Ostalb.



In einer begeisternden Rede riss sie die Mitglieder mit und erhielt anhaltenden Applaus. Sie steht für mehr Emotionen und kämpft für mehr soziale Gerechtigkeit, die bei den Menschen auch ankomme.



Bei ihrem Wahlkampf werden ich und der SPD-Kreisverband Heidenheim sie gerne und tatkräftig unterstützen.

Erhard Epplers feiert 90. Geburtstag

Am 9. Dezember feierte die SPD mit einem großen Empfang im Foyer des Stuttgarter Landtags Erhard Epplers 90. Geburtstag. Viele Ehrengäste erwiesen dem Parteigranden ihre Ehre, darunter auch SPD-Parteichef Sigmar Gabriel, Hans-Jochen Vogel, Gesine Schwan und Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück. Auch ich konnte an diesem Tag den großen Visionär der Sozialdemokratie aus Schwäbisch Hall feiern, der mich bei meinen bisherigen Landtagswahlkämpfen 2011 und 2016 unterstützt hat.



Parteichef Sigmar Gabriel lobte Eppler als bewahrenden Avantgardisten und forderte, dass die SPD im Alltag wieder stärker zeigen müsse, dass sie die Menschen mit ihren Sorgen und Sehnsüchten wahrnimmt. Eppler ergänzte, dass es auch wichtig sei, den Menschen hier klarzumachen, dass ein geordneter Staat keine Selbstverständlichkeit sei. Immer mehr Staaten, auch in Europa, zerbrecen. Ohne soziale Sicherheit aber werde es auf Dauer keine innere Sicherheit geben, mahnte er. Hier sei die Sozialdemokratie gefragt. Dem wachsenden Populismus in Deutschland und der Welt müsse man entschieden entgegentreten und die Werte unserer Demokratie verteidigen.



Fotos: SPD Baden-Württemberg

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de |
Internet: www.andreas-stoch.de